

PRESSEMITTEILUNG

Umfrage: Familienunternehmer wieder zu mehr Investitionen bereit

von Eben-Worlée warnt: Überregulierung aber konterkariert Investitionsbereitschaft

Unternehmer-Umfrage im I. Quartal 2023:

Berlin, 2. Februar 2023. Für Deutschlands Unternehmer hat sich die Lage im laufenden Quartal ein wenig aufgehellt, aber sie ist immer noch angespannt. Angesichts des immer noch sehr verhaltenen Optimismus sind die befragten Unternehmer im Vergleich zu den vier Vorquartalen wieder mehr bereit zu investieren. Das zeigt unsere jüngste Quartalsumfrage der Familienunternehmer und der Jungen Unternehmer an der 791 Firmenchefs teilnahmen.

Trotz mittlerweile wieder höherer Kreditkosten nimmt die Investitionsbereitschaft insbesondere bei den Ersatzinvestitionen wieder deutlich zu. Auch bei den Erweiterungsinvestitionen ist ein Anstieg zu verzeichnen. Bemerkenswert hierbei ist das Ergebnis der Sonderfrage: Jeder dritte Familienunternehmer plant in diesem Jahr höhere Investitionen in die Digitalisierung als im Jahr zuvor. Fast jeder Zweite (49 Prozent) will zumindest das gleich hohe Niveau aufbringen wie im vergangenen Jahr.

Vom Staat fühlen sich die Unternehmer dabei allerdings allein gelassen:

Investitionshindernis Nummer 1 für den deutschen Mittelstand sind die Bürokratiekosten bzw. die Überregulierung. Für 49 Prozent der Unternehmer sind sie neuerdings das am häufigsten genannte Investitionshemmnis und damit von Platz 4 (4.Quartal 23: 33 Prozent) auf Platz 1 aufgestiegen. Kurz darauf folgt der mittlerweile überall in Deutschland spürbare Fachkräftemangel, der die Unternehmer bei ihren Investitionen hemmt. Demnach sind es deutlich erkennbar hausgemachte Probleme, die die Unternehmer zur Zurückhaltung zwingen. Sogar noch weit vor der Unberechenbarkeit der Finanz- und Wirtschaftspolitik (Platz 3) und den Energiekosten (Platz 4). 78 Prozent der Unternehmer haben derzeit offene Stellen.

Reinhold von Eben-Worlée, Präsident von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

„Was ist eigentlich mit dieser Regierung los? Endlich sehen viele Unternehmen nach Corona und Energiepreis-Schock wieder Chancen für Investitionen. Aber unsere Regierung redet bei der lähmenden Bürokratie von einem Belastungsmoratorium, tatsächlich aber knallt sie uns einen gesetzlichen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine: Lieferkettengesetz, Whistleblower-Gesetz, Arbeitszeiterfassungsgesetz.... In Davos wirbt der Kanzler mit der Deutschlandgeschwindigkeit im Planungsrecht - tatsächlich aber zerbröselt die staatliche und private Infrastruktur ohne dass erkennbar etwas dagegen getan wird. Kein Wunder, dass die Firmen vor allem Erhaltungsinvestitionen finanzieren - wenn es um die wichtigen Erweiterungsinvestitionen geht, dann werden diese wie im Fall von Biontech lieber im Ausland getätigt. Bislang fallen unserer Regierung als Gegenmittel immer nur neue

PRESSEMITTEILUNG

Subventionen ein - für die der Staat sich aber kräftig verschuldet, das ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Wenn wir auf die so dringend nötige Zuwanderung von Fachkräften schauen, dann erleben wir bei der Innenministerin, die für die Visumvergabe und die begleitende Sicherheitspolitik gerade jetzt gebraucht wird, dass sie sich langwierigen taktischen Überlegungen hingibt, ob sie vielleicht ihre Arbeitszeit in den hessischen Wahlkampf investiert oder vielleicht doch der Bundespolitik widmet. Wo bleibt Arbeitsminister Heil mit seinem längst angekündigten Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz? In vielen anderen Ländern sind die Standortbedingungen längst attraktiver gestaltet als bei uns. Mit der neuen Deutschland-Geschwindigkeit geht es derzeit auf der Rutschbahn nur in eine Richtung, hinab zum kranken Mann Europas. Kanzler Scholz hat im Bundestagswahlkampf Führung versprochen - jetzt wird sie von den Unternehmern dringend gebraucht.“

Sarna Röser, Bundesvorsitzende des Verbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER:

„Die Unternehmer investieren mit hoher Bereitschaft in die Digitalisierung. Sie zeigen, dass trotz oder gerade wegen der Energiekrise nichts mehr an der digitalen Transformation vorbeiführt. Die Familienunternehmer machen also ihre Hausaufgaben. Leider werden sie durch enorme Bürokratiekosten und auswuchernde Verwaltung vom Staat ausgebremst: Dies muss für alle ein Stoppschild für die Einführung immer neuer Berichtspflichten sein.“

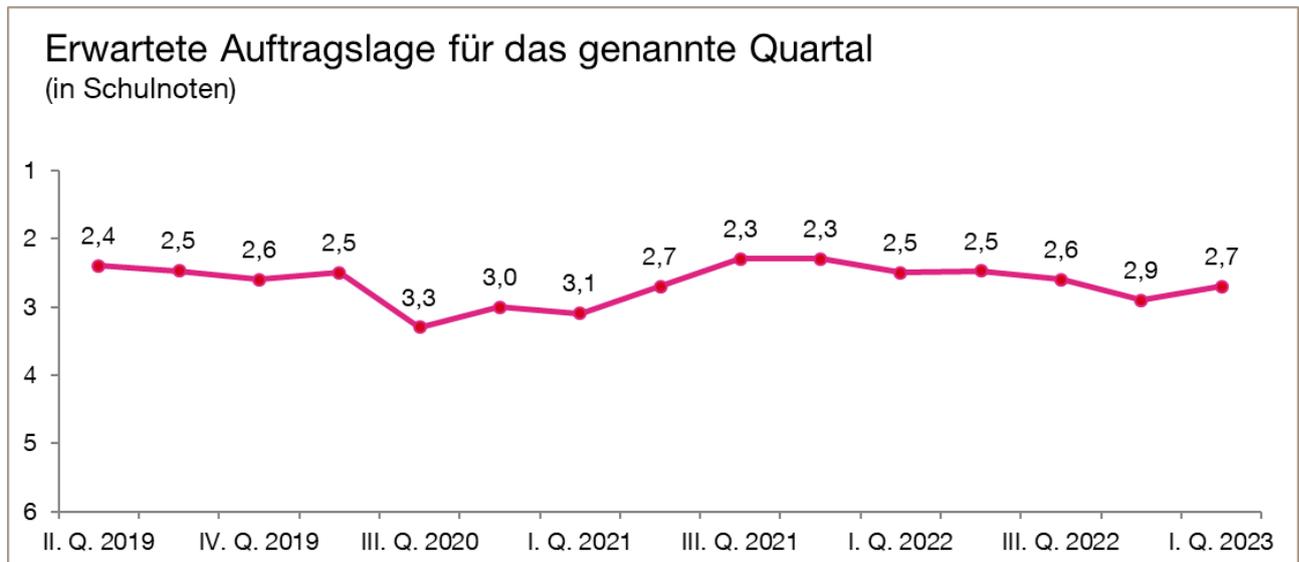
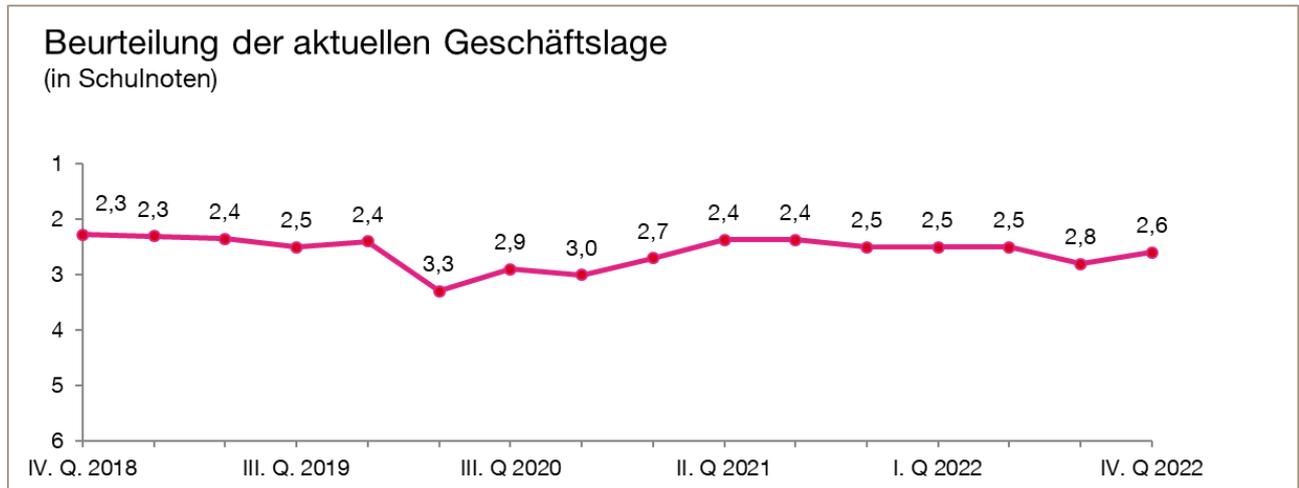
An der Umfrage nahmen 791 Mitglieder von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER teil.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER folgen als die politische Interessenvertretung für mehr als 180.000 Familienunternehmen den Werten Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Die Familienunternehmer in Deutschland beschäftigen in allen Branchen rund 8 Millionen Mitarbeiter und erwirtschaften jährlich einen Umsatz in Höhe von 1.700 Milliarden Euro.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind das Forum für junge Familien- und Eigentümerunternehmer bis 40 Jahre. Unter dem Motto Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung bezieht der Verband klar Stellung für eine wettbewerbsorientierte und Soziale Marktwirtschaft sowie gegen überflüssige Staatseingriffe. Die Verbandsmitglieder sind Inhaber oder Gesellschafter eines Unternehmens.

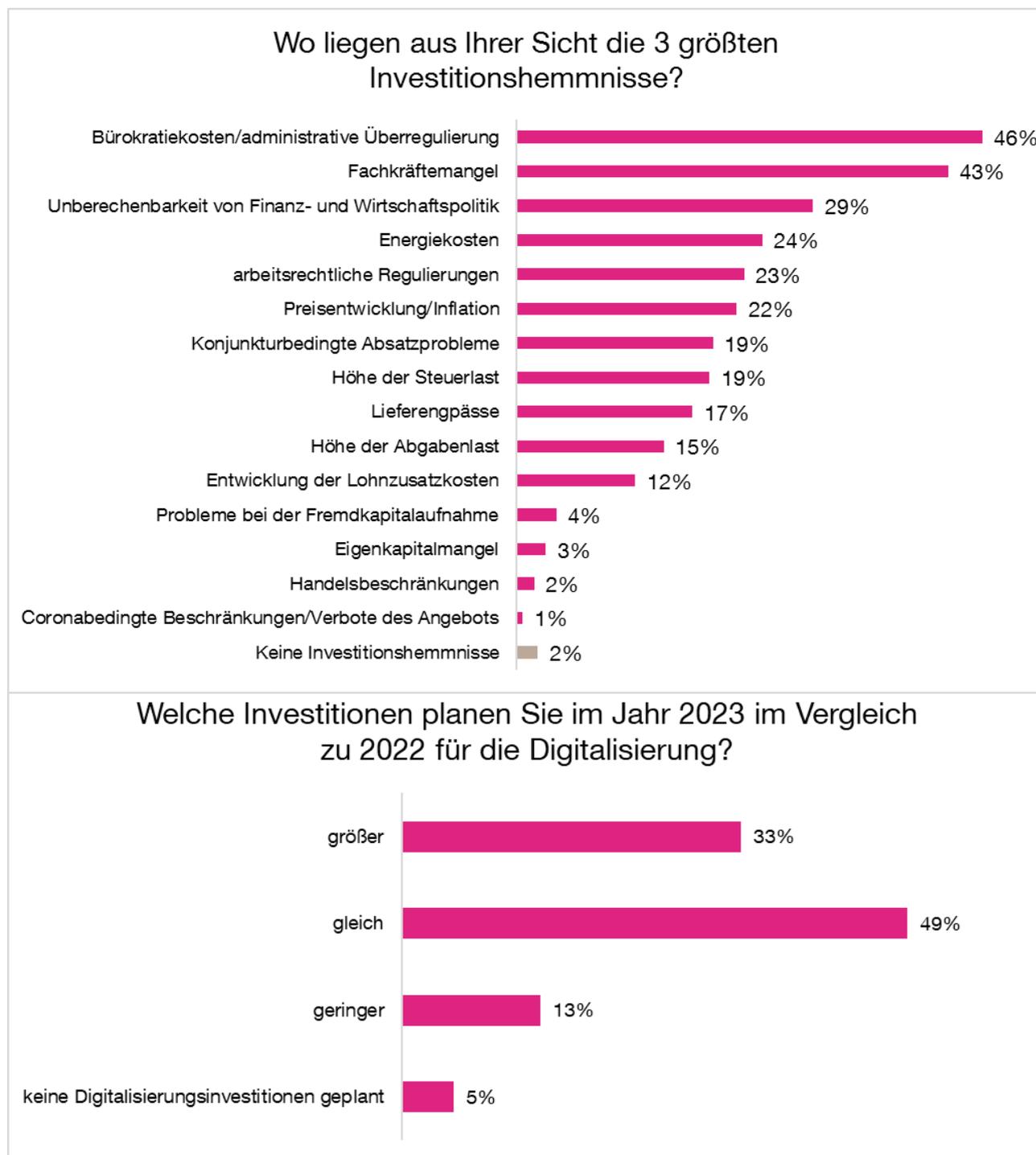
PRESSEMITTEILUNG

I. Geschäftslage und Ausblick

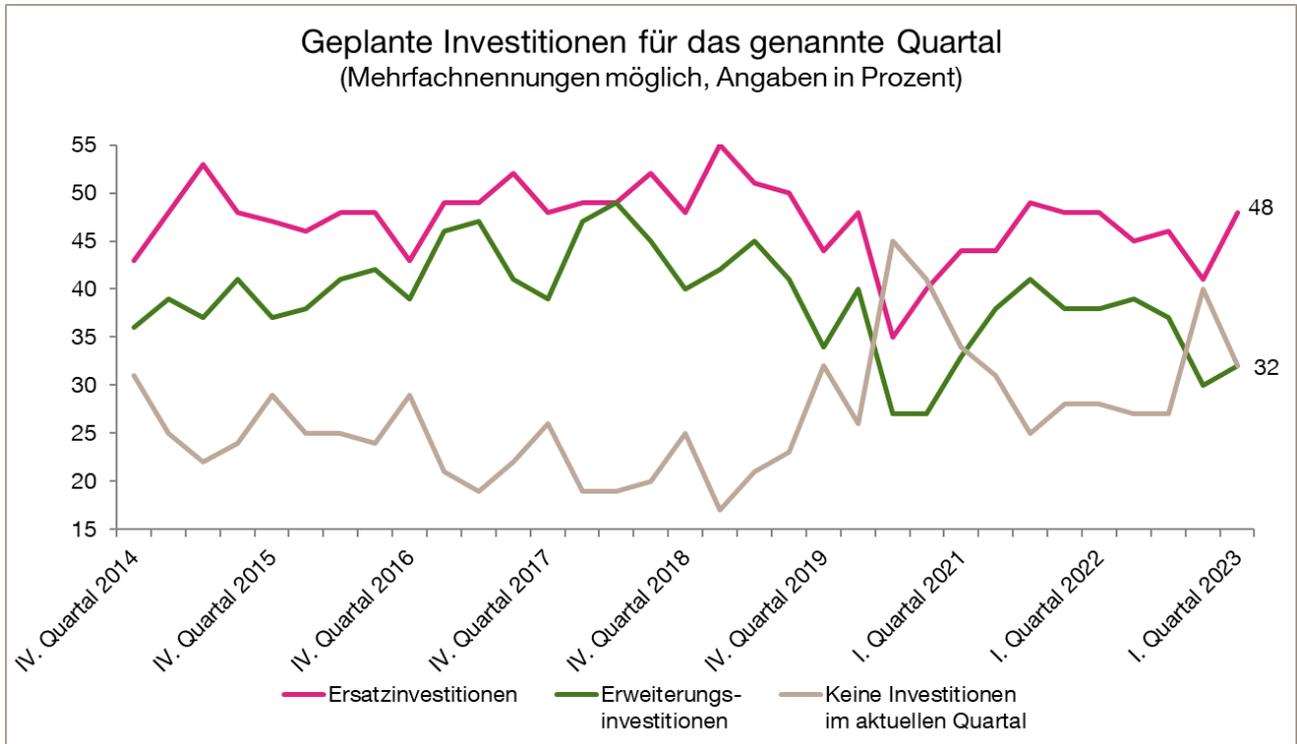


PRESSEMITTEILUNG

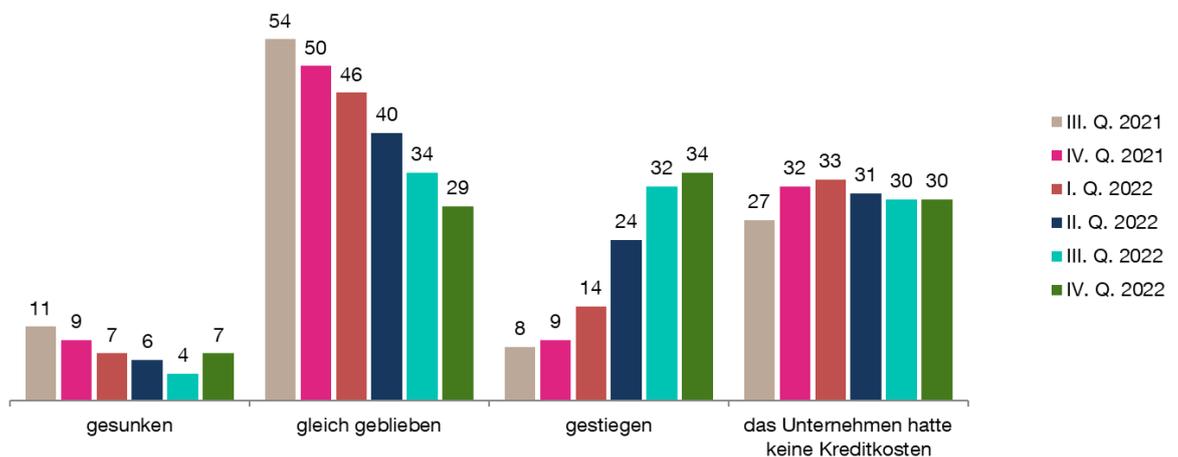
II. Investitionen



PRESSEMITTEILUNG



Die Kreditkosten sind im genannten Quartal... (Angaben in Prozent)



PRESSEMITTEILUNG

III. Arbeit und Ausbildung

